

deutschen Besitzes zuzurechnen. Poincaré hätte, auch vom materiellen Standpunkte aus gesehen, diesen Weg um so leichter gehen können, als die praktischen Ergebnisse seiner Retorikungen kaum andere und bessere für Frankreich sein werden, als die eventuelle Beschlagnahme des Gebietes aus dem Verkauf deutschen Eigentums in Frankreich mit sich gebracht hätte. Sicherlich haben ihn zwei Erwägungen davon abgehalten, den vertraglich vorgeschriebenen Gang zu gehen. Die umfassende Einziehung deutscher Güter, der der Verfall der Reparationsgelder für den vorliegenden Fall sein müssten, bereitete und die auch den Poincaréschen Bedenken entgegen entfallen würde, würde im Einklang mit seinem aber 800.000 Deutschen, die noch nicht naturalisiert sind, unüberwindlichem Widerstand begegnet sein. Sprach doch schon, ehe die Retorikungen in Kraft traten, der bekannte Sozialistengruppe von Blum davon, daß der Gedanke an eine solche Maßnahme, geschweige denn ihre Verwirklichung zu schwerer innenpolitischer Konflikte in Frankreich führen würde. Das wird dem französischen Ministerpräsidenten zu denken gegeben haben. Das schwerste Gewicht bei den verhängnisvollen Wirtungen, die unperzöglich auf Frankreich selbst auszufallen müßten, gleich im Anfang seiner neuen Gewaltkampagne aufzuführen, hielt er für politisch unklug. Auf der anderen Seite kam es ihm darauf an, noch vor Beginn der Londoner Aussprache eine vollständige Tatsache zu schaffen, die, ohne Rücksicht auf ihre positiven Ergebnisse, den Engländern zeigte, daß Frankreich gegebenenfalls die Macht und den Willen habe, seine „Rechte“ durchzusetzen. Und diesen Eindruck hat er allem Anschein nach in London zu erzielen verstanden.

Die Londoner Blätter reden, verlegen um die Retorikungen herum und halten mit ihrem wahren Urteil zurück, um den Gang der Konferenz nicht zu stören. Innerlich mag der Engländer, der schärfer als andere Nationen die Unfruchtbarkeit des Gewaltstandpunktes in der Reparations- und Ausgleichsfrage erkennt, die Maßnahmen Poincarés verurteilen. Stimmen, die davon zeugten, sind bis in die letzten Tage hinein laut geworden. Aber gerade im entscheidenden Augenblick, während der Anwesenheit Poincarés, wird die englische Presse merkwürdig konstant und redet entschuldigend von der Verhängnisvollheit und Unklugheit der Retorikungen. Und es ist, als böte diese sanfte Stimmung auch das rechte Spiegelbild der Konferenzverhandlungen. Man soll den kleinen Zusammenstoß von Georges mit Poincaré in seiner Bedeutung nicht übertreiben. Bereits in der Nachmittagsung von Montag hat sich das wieder gegeben. Und morgen wird vielleicht die Sonne der englich-französischen Freundschaft heller lachen, als je zuvor. Das heißt dann für die Retorikungen, daß sie sich mit dem stillschweigenden Einverständnis Englands in Kraft bleiben und sich weiter entwickeln dürfen. Dann hat Poincaré gewonnenes Spiel. Ist der erste Schritt gelungen, werden die nächsten, die härteren, tiefer in unser Fleisch schneidenden, auch unbedenkt vor sich gehen. Die Auktionen dazu werden schon jetzt getroffen, wenn den Gerüchten von französischen Truppenzusammensetzungen an den Grenzen des besetzten Gebietes Glauben zu schenken ist.

Dann vollendet sich unser Schicksal, das wir zum Teil durch unsere eigene Passivität verschuldeten, in seiner ganzen grausamen Härte. Was sollen wir dann tun? Tausendfach heilt diese Frage aus dem deutschen Volk empör, obnadsch ihr eine Antwort würde. Der Kanzler soll einem Vertreter des „New York Herald“ gegenüber gesagt haben: Wenn die Londoner Konferenz eine Enttauschung bringe, werde Deutschland sein Arbeitszeug aus der Hand legen und den Ruhr verlieren! Wird es das? Es wäre das verhängnisvollste, was es je vornehmen könnte. Soll es vor Sanktionen und Retorikungen wirklich das Edelmste, was es besitzt, den Glauben an die alte deutsche Kraft, verlieren, soll es, was es Poincaré bringen möchte, in matter Nulllosigkeit verparadiesen sich selbst preisgeben? Das wäre nicht deutsche Art. Ein anderes bleibt noch zu tun übrig. Retorik! In seiner ursprünglichen Bedeutung, im lateinischen Stammwort, besagt dieser Ausdruck soviel wie Zurückgehen, zurückwenden. Wenden wir uns zurück zu deutscher Entschlossenheit, zu deutschem Tatwillen, der schon in mancher Epoche deutscher Geschichte das widerliche Schicksal bewann, und verheben wir diese Aufforderung nicht falsch als eine Mahnung zu sinnlosem Gewaltwiderstand gegen gewaltsame Mittel des Feindes, sondern als einen Appell zu höchstem Festhalten an den Gütern, die uns groß gemacht haben, an Arbeit und uermühdlicher Tatkraft. Dann stellen wir den französischen Retorikungen die eine deutsche Entgegnung, die schlechterdings unüberwindlich ist.

Seite 2  
Dresdener Nachrichten  
Mittwoch, 9. August 1922  
Nr. 370

## Frankreichs neue Kontrolloffensive.

In den Kreisen der internationalen Militärkontrollkommission ist es wieder lebendig geworden. In den Garnisonen des Reichsheeres überprüften Ententeoffiziere on der Hand der Besatzungsstellen und Stammtrollen die Gürtel und die Organisations der Truppenteile, auf den Landratsämtern und in den Ortsverwaltungen schaukelte man nach Besatzungs- und Mobilisierungsdokumenten — und kein Tag verging, der nicht die Suche nach irgend einer Waffenschekelle durch eine Entente-Kommission, der nicht eine Beschwerde des Herrn Kollet bringt. Wir befinden uns mitten in der neuesten Kontrolloffensive der internationalen Militärkontrollkommission — und ihre Gründe? — Nun, sie sind unheimlich an grauenhaft.

Am 1. Oktober läuft die Frist ab, die die Entente-Konferenz in ihrer Note vom 14. April als äußersten Termin für die Beendigung der nach Ansicht der internationalen Kontrollkommission nach auszuführenden Entwaffnungsmaßnahmen bestimmt hatte, und es schert sich der Zeitpunkt, an dem die internationalisierte Militärkontrollkommission mit ihren 700 Offizieren und 400 Mannschaften verschwinden und an ihre Stelle ein sogenanntes Militär-Paranite-Komitee tritt, wie es für die Kontrolle der deutschen Truppen bereits seit dem 5. Mai besteht. Das Militärparanite-Komitee soll aus 11 Obersten bzw. Oberleutnants, 9 Majoren oder Hauptleuten und 30 Mannschaften bestehen und als Ziel Berlin haben. Es soll dieselben Rechte haben wie die internationalisierte Militärkontrollkommission, nur seine Unterhaltungskosten sollen von den alliierten Regierungen — d. h. in Wirklichkeit mit deutschem Gelde zu Lasten der Reparationen oder ähnlichem — bezahlt werden.

Nur mit Widerwillen hat Frankreich schenkt in diese Note eingewilligt. Die Auflösung der internationalen Militärkontrollkommission und die Einrichtung des Militärparanite-Komitees zu hintertreiben, oder aber sich zumindestens in jeder Beziehung innerhalb des Militärparanite-Komitees das entscheidende Übergewicht zu verschaffen — das ist der eigentliche Zweck der jetzigen Offensive des Herrn Kollet, für die man bereits seit April das nötige Material gesammelt hat. Frankreich — und natürlich auch General Kollet selbst — wünscht, daß zunächst einmal General Kollet selbst oder aber der General Barthélemy, der jetzige Chef der Kommission zur Kontrolle der deutschen Entwaffnung, auf jeden Fall aber ein französischer General die Führung des Militärparanite-Komitees erhält und daß die Verteilung der vorgesehenen 30 Offiziersstellen derart erfolgt, daß die Oberst- und Oberleutnantsstellen von Frankreich 8 und Belgien 4 — befehligt werden, und von den Majors, bzw. Hauptmannsstellen mindestens 4 auf Frankreich, 2 auf Belgien entfallen. England, Italien und Japan soll nur je eine Hauptmannsstelle zugehanden werden — und zwar derart, daß die betreffenden Offiziere als Vertreter ihrer Regierungen zu den zu bildenden drei Hauptabteilungen des Militärparanite-Komitees treten. An der Ausübung der Kontrolltätigkeit selbst sollen der englische, der italienische und der japanische Offizier in Zukunft nicht mehr teilnehmen. Ferner erstrebt Frankreich für den Vorbestand des Militärparanite-Komitees die Ermächtigung, jederzeit ohne besondere Einwilligung der Paranite-Konferenz Offiziere der internationalen Besatzungstruppen am Rhein zur Bekämpfung des Paranite-Komitees heranzuziehen und Kontrollen durch diese ausführen zu lassen. Dabei machen die Franzosen geltend, daß ja das Vult-

fahrtgarantiekomitee unter Leitung eines Engländerns steht und in seinen 13 Offiziersstellen größtenteils mit Engländern besetzt sei, was noch nicht einmal der Wirksamkeit entspricht.

Die Taktik, die Herr Kollet bei seiner Kontrolloffensive anzuwenden pflegt, ist folgende. Alles kommt darauf an, möglichst großen Eindruck nach außen zu machen und den deutschen Behörden bei Beanstandungen möglichst gar keine Zeit zu Markierungen zu lassen. Dabei hat sich in der letzten Zeit folgendes typische Verfahren herausgebildet: Wochen- ja monatlang werden diese Militärkontrollkommissionen vorbereitend, das Material hierzu gesammelt. Aussagen über Waffen- und Munitionslager, über amnestische Verfügungen der Entwaffnungsbestimmungen, über Beanstandungen von Kontrolloffizieren bei gefahrensgefährlichen Kontrollen werden nicht sofort zur Sprache bzw. zur Kenntnis der deutschen Regierung über den Verkehr mit den Entente-Kommissionen eingereichten deutschen Verbindungsstellen gebracht. Sie werden vielmehr sämtlich an der Zentrale der internationalen Kommission in Berlin sorgfältig gesammelt und geheim gehalten, um dann zu einem politisch geeigneten Zeitpunkt auf einmal mit einer möglichst großen Anzahl von Beamten hervortreten und die Kontrolloffensive erfolgreich durchzuführen zu können. Ob die Beanstandungen zu Recht gemacht werden oder nicht, ob es sich bei den plötzlich entdeckten Waffen- und Munitionslagern um rechtmäßige Bestände des Reichsheeres handelt oder nicht — was durch entsprechende schriftliche Ausdrucks mit den deutschen Verbindungsstellen bzw. bei den Kontrollen mit der Truppe selbst ohne weiteres mit Bestätigung zu klären wäre — ist dabei gänzlich gleichgültig. Anfragen der deutschen Verbindungsstellen sowie Besuche um Genehmigungen oder Einlassungen in Entwaffnungsfragen werden abschlägig möglichst lange unbeantwortet gelassen, um aus ihnen erst mal Nutzen für die Kontroll-offensiven zu ziehen. Mit besonderer Vorliebe sucht man in der letzten Zeit auch die deutschen Verbindungsstellen bei den Kontrollbesuchen auszuschalten und diese ohne Hinweisnahme eines Verbindungsstellen auszuschalten, um auf diese Weise sich einer unbehaglichen Ueberwachung in den Kontrollmaßnahmen zu entziehen. Die deutschen Verbindungsstellen wissen genau Bescheid, was die Herren Ententeoffiziere fordern und kontrollieren dürfen und was nicht.

Wir werden die Auswertung der gegenwärtigen Kontrolloffensive des Herrn Kollet vielleicht schon sehr bald als Vorspiel zunächst in der französischen Kammer und dann bei der demnächstigen großen Entente-Konferenz sehen. Aus diesem Grunde ist es notwendig, schon jetzt, wo wir noch mitten in der Kontrolloffensive stehen, auf ihre wahren Gründe und auf das Verfahren, das Herr Kollet dabei anzuwenden pflegt, hinzuweisen und dabei nochmals ausdrücklich zu betonen, daß, nachdem die Abrüstung Deutschlands unter der Kontrolle der Entente rechts erfolgt ist, die so kostspielige Kommission des Herrn Kollet jede Berechtigung verloren hat und daß die Einrichtung des Militärparanite-Komitees nicht die geringste Grundlage im Versailles-Vertrage findet, sondern wieder einmal eine völlig willkürliche Auslegung der sehr klaren Bestimmungen und damit eine Verletzung des Vertrages bedeutet, gegen die mit aller Macht und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln sich zu wehren, unsere Pflicht ist.

## Ausweisungsverordnungen gegen 250 Deutsche.

Berlin, 8. Aug. Nach der Meldung einer Korrespondenz aus Straßburg sind die Ausweisungsverordnungen gegen 250 Deutsche Ersatzkämpfern unterzeichnet worden. Sie sollen aber noch nicht zur Durchführung gelangt sein. Die Deutschen sind von dieser Maßnahme durch die Polizei in Speyer zu Kenntnis gesetzt worden. Man erwartet jetzt nur noch den Befehl des Quai d'Orsay, um den betreffenden Deutschen ihre Ausweisung mitzuteilen. Man glaubt, daß innerhalb 24 Stunden eine Entscheidung getroffen werde. Von den 6 Ausweisungen, die am Sonnabend erfolgt seien, hat man 3 zurücknehmen müssen, weil sich nachträglich herausgestellt hat, daß es sich um kürzlich naturalisierte Franzosen handelte. (W. I. B.)

## Eine Intervention Chamberlains.

London, 8. August. Die zunächst entstandene Sorge, daß Poincaré seine Ultimatium darstelle und daß die Alternative der uneingeschränkten Annahme oder des selbständigen Vorgehens Frankreichs enthalte, wurde durch die Intervention Chamberlains zerstreut. Der Poincaré zu der Erklärung veranlaßt, daß während der Grundzüge der Kontrolle anerkannt werden müsse, ihre endgültige Form eine offene Frage bleibe. Einer der Haupterwände von Georges gegen Poincarés Klagen war, daß die angewandte Methode sich im Gegensatz zu den früheren Sanktionen im Rheinlande bezahlet machen müßte. Der italienische Minister des Auswärtigen deutete an, daß er noch nicht bereit sei, sich vorbehaltlos dem britischen oder französischen Standpunkte anzuschließen. Die belgische Delegation hält sich mit ihren Ansichten noch zurück. Sie ist in der Frage der Kriegsschulden nicht interessiert und will deshalb gute Dienste tun können, wenn diese mit der Reparationsfrage in Verbindung gebracht wird, was unbedingt gefordert muß, wenn nicht auf dieser, dann auf der nächsten Konferenz, wozon gestern inoffiziell gesprochen wurde.

Gegen Schluß der Sitzung betonten Lloyd George und Poincaré die Wichtigkeit der Einigkeit und der Solidarität unter den Alliierten. Im Verlaufe der gestrigen Beratung wurde die Frage aufgeworfen, ob die Regierungen die Reparationskommission unterrichten sollen, welche Entscheidungen sie zu treffen habe. Man entschied sich, daß es gut sein würde, wenn den Kommissionsmitgliedern gemeinsame Instruktionen erteilt würden. (W. I. B.)

## Der „Temps“ gegen Lloyd George.

Paris, 8. Aug. In seinem Kommentar zu den gestrigen Verhandlungen sagt der „Temps“ zum Schluß, Lloyd George habe gesprochen, als ob er die Interessen Englands, Deutschlands und Europas im allgemeinen gegen die französischen Forderungen verteidigte. Diesen falschen Eindruck sollte es zu zerstreuen. Wenn England so unter der Arbeitslosigkeit gelitten habe, wenn Deutschland ermutigt worden sei, so viel Papiergeld zu drucken, wenn endlich Europa durch eine so ernste Krise hindurch gehe, so in erster Linie deshalb, weil Lloyd George, der unablenkbare Chef der wichtigsten Nation Europas, eine Politik voller Illusionen und Widersprüche getrieben habe.

## Deutscher Antrag auf Revision aller Liquidierungsverträge.

Paris, 8. Aug. Nach dem „New York Herald“ beabsichtigt die deutsche Regierung, die Reparationskommission zu ersuchen, alle Liquidierungsverträge des beschlagnahmten deutschen Eigentums zu revidieren. Ein deutscher Abgesandter sei bereits nach London unterwegs, um diesen Plan persönlich vorzulegen. Die deutsche Regierung habe einen Plan aufgestellt, den sie allen alliierten Regierungen zu unterbreiten beabsichtige und der eine Liste von Ungerechtigkeiten enthalte. Die Liste erwähne A. B. den Verkauf des Gebietes von Prumm in Reims, der für vier Millionen Franken verkauft worden sei, obwohl er im Jahre 1914 mindestens zu 40 Millionen eingekauft wurde. Zwei deutsche Villen in Cannes seien für 1.500.000 Franken ver-

kauft worden, obwohl diese Villen kostbare Teppiche enthielten. In Marokko sei das wertvolle Gut von Zedendorf für 200.000 Franken verkauft worden.

## Ein Sachlieferungs-moratorium unnötig.

Berlin, 8. August. Von Berliner Blättern wurde behauptet, daß sich die Regierung wohl auch gezwungen sehen werde, an Frankreich die Bitte um Aufhebung der Durchführung eines Teiles der Sachlieferungen zu richten, da Deutschland nicht in der Lage sei, die sich aus den Sachlieferungen ergebenden Zahlungen zu leisten. Wir erfahren jedoch von maßgebender Seite, daß in Verhandlungen in der Regierung diese Frage wohl gestreift wurde, einweisen jedoch nicht die Absicht besteht, auch für die Sachlieferungen um ein Moratorium nachzusuchen.

## Deutschlands diplomatischer Schritt bei den Alliierten.

Berlin, 8. Aug. Zu der Meldung der „Daily News“ über eine deutsche Note an England wird von Berliner unterrichteten Kreisen mitgeteilt, daß die deutsche Regierung lediglich auf dem normalen diplomatischen Wege den Regierungen der alliierten Mächte eine Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Situation Deutschlands übermitteln habe, in der darauf hingewiesen wurde, daß Deutschland eine gewisse Zeit zur Erholung benötigt werden müsse, und daß die ewige Politik der Drohungen außen- und innenpolitisch die schlimmsten Wirtungen ausübe. Diese Darstellung sei den Regierungen aller alliierten Mächte durch die deutschen Vertreter aber schon vor der Londoner Ministerpräsidentenkonferenz übermittelt worden.

## Graf Verchenfeld reißt nach Berlin.

München, 8. August. Der bairische Ministerpräsident Graf Verchenfeld ist mit dem Minister Dr. Schwenner und dem Justizminister Dr. Gürtner heute abend nach Berlin abgereist. (W. I. B.)

## Abtrennung der Pfalz von Bayern?

(Von unserem Sonderberichterstatter.)  
München, 8. August. Der „Bayr. Kurier“ bringt folgende sensationelle Meldung in seiner Abendnummer: In politischen Kreisen erholt sich hartnäckig das Gerücht, daß von Waden aus in der Pfalz angeklopft worden ist, wie man sich zu einer Abtrennung von Bayern und zu einem Zusammenrücken mit Waden, Dessen um verhalten würde. Es sollen nicht etwa irgendwelche untergeordnete Persönlichkeiten gewesen sein, die diese Expedition von Waden nach der Pfalz unternahmen, sondern beauftragte politische Parteien. Vielleicht kam die bairische Regierung auf die Idee, wenn wir auch nicht annehmen, daß beim Besuche des bairischen Ministerpräsidenten in Waden über die Sache gesprochen wurde. Soweit der Wortlaut der Meldung des „Bayr. Kuriers“. Diese Nachricht ist wirklich politisch so sensationell, daß die Wäffenden nicht länger schweigen dürfen.

## Ein Erlass des Reichswehrministers an das Reichsheer.

(Zusammenfassung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 8. August. Der Reichswehrminister hat aus Anlaß der im Reichstag von den sozialistischen Parteien über die Vorgänge bei der Hindenburg-Feyer in Königsberg und über die Verfestigung der Reichswehr bei Regimentsfeiern seinerzeit eingebrachten Interpellationen an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er um Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Reichswehr bittet. Er hat dazu einen Erlass an das Reichsheer gerichtet, in dem es heißt:  
„Eine derartige Untersuchung scheint mir als der beste, wenn nicht einzige Weg, um die internen Angelegenheiten gegen das Heer in aller Öffentlichkeit aufzuklären und dadurch die Parteien der Interpellanten im Reichstag zur Anerkennung des durchaus loyalen Verhaltens der Reichswehr zu zwingen. Das Gerücht der Reichswehr ist blank. Wo Fehler vorkommen sollten, werden sie abgestellt werden. Wir haben es nicht nötig, uns beschuldigen zu lassen, und brauchen keine Untersuchungen zu scheuen.“